

A2

Antrag

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Lisa Badum (KV Forchheim)

Titel: **Saubere Luft für Alle - Bayerns
Automobilindustrie zukunftsfest und
klimafreundlich machen**

Antragstext

1 Verkehrsminister Scheuer muss Automobilindustrie zur Rechenschaft ziehen

2 Wir fordern Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer auf, endlich die Autokonzerne
3 zu einer Hardware-Umrüstung der betroffenen Fahrzeuge zu verpflichten – ganz
4 nach dem Prinzip der herstellerfinanzierten Lösung. Statt Durchhalteparolen
5 auszugeben „es gäbe keinen Grund zur Panik“, sollte er konkrete Maßnahmen
6 ergreifen. Der Schritt in die ökologische Verkehrswende ist dringender denn je.

7 Entsprechende Gerichtsurteile liegen längst vor. So hat das Landgericht Hamburg
8 bereits in einem Fall entschieden, dass VW einem Fahrzeughalter ein neues
9 Fahrzeug zur Verfügung stellen muss. Auch sollte Herr Scheuer sich bundesweit
10 für die Einführung einer Blauen Plakette einsetzen, um den Kommunen die
11 Regelungslast abzunehmen und einen bürokratischen Flickenteppich zu vermeiden.

12 Verkehr in Bayern für Menschen denken

13 Dabei allein darf es jedoch nicht bleiben. Wir fordern außerdem, dass Verkehr
14 endlich ganzheitlich gedacht wird. Das Statistische Bundesamt teilte am 3. April
15 2018 mit, dass der Motorisierungsgrad in Deutschland 2016 einen neuen
16 Höchststand von 555 Pkw je 1000 Einwohner*innen erreichte. So kann es nicht
17 weitergehen.

18 Darum fordern wir Grüne einen Ausbau und die Elektrifizierung des ÖPNVs,

19 Investitionen in intelligente Verkehrs- und Ladestrukturen und die Stärkung der
20 nachhaltigen Mobilität – Fortbewegung muss vielfältig möglich sein und darf
21 nicht einseitig und gestrig auf das Auto beschränkt sein.

22 Wir fordern von der Staatsregierung

- 23 • Eine Mobilitätsgarantie für Bayern sicherzustellen. Alle Orte im Land
24 sollen an allen Wochentagen von fünf Uhr morgens bis Mitternacht
25 mindestens stündlich angebunden sein.

- 26 • Busse im Nahverkehrsbetrieb sollen schnellstmöglich auf emissionsfreie
27 Antriebe umgestellt werden – hier sind Bund und Freistaat gefordert, mit
28 den Kommunen einen ambitionierten Zeitplan zu erarbeiten und ein
29 Förderprogramm “Emissionsfreier Nahverkehr” aufzulegen.

- 30 • die Elektrifizierung von wichtigen Bahnstrecken. Wir fordern daher eine
31 Elektrifizierungsoffensive von Bund und Land, um nicht nur Hauptstrecken,
32 sondern auch Nebenstrecken zu elektrifizieren. Bei der Vergabe von
33 Regionalverkehrsstrecken, die auch in Zukunft nicht elektrifiziert werden
34 können soll die Frage der Emissionsfreiheit von Antrieben berücksichtigt
35 werden.

- 36 • den Ausbau der Fahrradinfrastruktur und die Beendigung der massiven
37 finanziellen Benachteiligung des Radverkehrs gegenüber dem Autoverkehr.

- 38 • ein beispielhaft gutes Vorgehen von Bundesregierung, bayerischer
39 Staatsregierung und ihrer Behörden. Diese sollen bei ihren Fuhrpark bis
40 2022 sukzessive auf emissionsfreie Antriebe umstellen und parallel für
41 Mobilität der Mitarbeiter*innen wie in Baden-Württemberg einen Zuschuss
42 zum ÖPNV Jobticket gewähren sowie das Dienstrad Leasing ermöglichen (E-
43 Bikes und konventionelle Fahrräder)

44 Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene
45 einzusetzen für

- 46 • die schrittweise Reduktion der CO₂-Grenzwerte für PKWs, mit dem Ziel, dass
47 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen werden.

- 48 • die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen wie das Dienstwagen- und
49 Dieselprivileg

- 50 • die aufkommensneutrale Umwandlung der Kfz-Steuer in eine CO₂-abhängige
51 Kfz-Zulassungssteuer nach norwegischem bzw. niederländischem Vorbild.

Begründung

Bankrotterklärung für den Automobilstandort Bayern

Bayern, einst stolzer Automobilstandort, steht vor den Trümmern einer verantwortungslosen Branchenpolitik. Die Staatsanwaltschaft München hat BMW Ende März wegen des Anfangsverdacht einer unzulässigen Software zum Abschalten der Diesel-Abgasreinigung ins Visier genommen. Standorte in München und Österreich sind von Polizeibeamt*innen durchsucht worden. Die Strafverfolger*innen erklärten: Es bestehe der Anfangsverdacht, dass BMW "eine prüfstandsbezogene Abschaltvorrichtung verwendet" habe. Seit dem 27. Februar läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Betrugsverdacht.

Gegen Audi ermittelt die Staatsanwaltschaft ohnehin schon länger. Auch im Ingolstädter Autokonzern geht es um einen Abgasbetrugsverdacht im großen Stil. Die Vorfälle zeigen: Bayern spielt längst eine eigene, ungute Rolle im bundesweiten Abgasskandal.

Freistaat Bayern verstößt gegen Recht und Gesetz

Der Freistaat Bayern schaut tatenlos beim Dieselskandal zu und verschläft das Zukunftsthema Verkehr komplett. Schlimmer noch: Er verstößt gegen Recht und Gesetz. In einigen bayerischen Städten liegt die Luftbelastung, insbesondere durch Stickstoffdioxid (NO₂) über den zugelassenen Grenzwerten innerhalb der EU. Tagtäglich betroffen sind etwa Nürnberg, Würzburg, Augsburg und Regensburg. Besonders stark ist die Belastung in der Landeshauptstadt München. Doch die Luftverschmutzung macht nicht in bayerischen Großstädten halt. Die Deutsche Umwelthilfe hat eine eigene Messaktion an 559 verkehrsnahen Orten vom 1. Februar bis 1. März 2018 durchgeführt. Das Ergebnis war, dass auch kleinere Städte stark belastet seien. Etwa Aschaffenburg, wo eine mittlere Belastung von mehr als 40 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen wurde.

Zwangsgelder oder Erzwingungshaft

Der Freistaat ist aufgrund der Überschreitung der EU-Grenzwerte von der Verwaltungsgerichtsbarkeit schon am 09.10.2012 zum Erlass wirksamer Luftreinhaltepläne verpflichtet worden. Geschehen ist seitdem nichts. Selbst die Androhung von Zwangsgeldern auf Kosten der bayerischen Bürger*innen wurde ignoriert. Zuletzt hatte die ehemalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks während einer Regierungsbefragung vom 28. Februar 2018 noch die „Erzwingungshaft“ als letztes Mittel ins Spiel gebracht. Ein einmaliger Vorgang zwischen Koalitionspartnern und erschreckendes Armutszeugnis für das Staatsversagen der bayerischen Landesregierung. Das dürfen und wollen wir Grünen nicht so hinnehmen. Darum fordern wir, dass Bayern seiner politischen Verantwortung nachkommt und der Missachtung staatlicher Gerichtsbarkeit ein Ende gesetzt wird.

Wir fordern, dass endlich die Gesundheit der Menschen an vorderster Stelle steht. Sie muss Maxime allen politischen Handelns sein. Die vorzeitigen Todesfälle durch Stickoxide sind ein Skandal – auch weil sie vermeidbar sind. Wir fordern auch, dass nicht die/der einzelne Dieselfahrer*in bestraft wird, die in gutem Treu und Glauben einen Wagen erworben hat. Wir fordern, dass Verkehr endlich vernetzt, klimaschonend und intelligent gedacht wird. Außerdem ist die Infrastruktur Teil der Daseinsvorsorge, die allen, und gerade auch Menschen mit geringem Einkommen, zur Verfügung stehen muss.